

Ante scriptum von Eva Lischke, Vorstand im Netzwerk-Zukunft:

„Philipp Sonntag, geb. 1938, beschäftigte sich nicht nur während seines Berufslebens mit dem Thema Kriegsfolgen und Kriegsverhütung. Auch nachberuflich bleibt er dem Thema und den Möglichkeiten des Interessensausgleiches, der Deeskalation und der Entwicklung vertrauensbildender Maßnahmen treu, ob wissenschaftlich, satirisch oder visionär; mehr dazu siehe:

www.philipp-sonntag.de/ www.edel-terroristen.de www.soziologie-mit-kafka.de
und [https://de.wikipedia.org/wiki/Philipp_Sonntag_\(Autor\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Philipp_Sonntag_(Autor))

Schäden durch Kriege beschleunigen die Überschreitung von Kippunkten des Erdklimas

Philipp Sonntag / 25. 7. 2023

„Vereinte Menschen“ könnten absehbare Klimakatastrophen vermeiden. Dazu bräuchten sie ein breites Engagement, mit finanziell gezieltem Einsatz.

Bei den „Vereinten Nationen“ gibt es zwar auch viel menschliches Engagement, aber zugleich viel egomanische Interessenpolitik. Schädlich sind sowohl teure Aufrüstungen als auch im Patt erstarrende Kriege, wie in der Ukraine. Sie erzeugen unsägliches Leid, sofort und auf Dauer, das zeigt zum Beispiel der Umgang mit Streumunition aus dem II. Weltkrieg. Jedenfalls bewirken finanzielle Knappheit und Verschwendung enorme soziale, wirtschaftliche, ökologische und weitere Schäden. Kritisch sind die Rückkopplungen, durch die etliche Schäden einander wechselseitig verstärken.

Der Mensch führt gegen (fast) alle Lebewesen einen Vernichtungskrieg, der am Ende viele Lebensgrundlagen zerstört. Wer – wie ich – schon mal mit Insektenspray ein Wespennest vernichtet hat, weiß wie grausam chemische Kriegführung ist; vergleichbar dem Holocaust im KZ. Der Kriminalbiologe und Insektenexperte Mark Benecke antwortet im Interview auf Fragen von Sascha Karberg (Tagesspiegel, 25. Juli 2023, Seite 16):

„Das Massensterben von Insekten, das wir gerade erleben, ist wirklich krass. ... Insekten sind ein entscheidender Teil des Netzwerkes des Lebens, in dem alle Arten miteinander verbunden sind. ... Es geht um alle Rahmenbedingungen für das Weiterbestehen der Arten.“

Und:

„... Viel mehr sorgt mich der soziale Kipppunkt. Vor dem „Home Depot“ hier um die Ecke, einem der Baumärkte in den USA, sah ich gestern eine riesige Werbung für tropische Topfpflanzen. Und gleich daneben ein Plakat für das passende Insektenvernichtungsmittel. Die Botschaft: Man soll sich tropische Pflanzen kaufen, weil andere in der Hitze nicht mehr überleben, und gleichzeitig das Insektengift kaufen, damit bloß keine Tiere darauf rumlaufen.“

Ich kann mir vorstellen, wie hungrige Vögel mehr davon „singen“ und klagen, als alles, was ich von uns (momentan noch satten?) Natur- und Sozialwissenschaftlern höre.

Der Umgang mit irreversiblen Schäden ist politisch kaum erprobt

Einen Kipppunkt zu überschreiten bedeutet im Bereich der Ökologie eine sprunghafte Steigerung zu erheblichen, existenziell verheerenden Schäden, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können, so beim Auftauen von Permafrost. Ähnlich könnte eine Veränderung des Golfstromes in Europa eine Eiszeit bewirken, die für viele Menschen ähnlich bedrohlich würde, wie derzeit die Dürre in Afrika. Weitere Kipppunkte deuten sich mit Hitzestress und Bränden an. Lokale Gewalt kann über lokale Schäden hinaus einwirken, wie akut erkennbar durch Zerstörung eines Staudammes in der Ukraine.

Durch globale Überschreitung von ökologischen Kipp-Punkten können die Überlebensbedingungen der Menschheit insgesamt derart zerstört werden, dass schließlich jegliche Form und Illusion von politischer „Macht“ unausweichlich mit zerstört würde. Obwohl, wenn die Bevölkerung auf dem Planet von acht auf drei Milliarden Menschen verringert würde, gäbe es womöglich erst mal besonders viel Gewalt.

Nur die Abkehr von unseren gewalttätigen Auseinandersetzungen kann uns weltweit ermöglichen, eben jene ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen, die uns ansonsten dauerhaft zerstören. Es ist absurd, wie immer noch Konflikte durch Eigen-Interessen eine dominante Rolle spielen. Deshalb können marginale Maßnahmen nicht zum Frieden führen.

Interessenausgleich

Zukunftsforscher kennen starke Veränderungen, die starke Eingriffe erfordern. Bei üblichen Polarisierungen betont jede Seite ihre eigenen Werte und Interessen. So betont der Westen die Menschenrechte, der Osten seine durch „Einkesselung“ verringerte Sicherheit. Wo Gewalt dominiert, ist ein friedliches Einvernehmen bei den Werten besonders ferne. Insbesondere fällt es den Kontrahenten schwer, mit der „vom anderen empfundenen Realität“ zu verhandeln. Diplomatisch erfahrene Vermittler wissen, zielführend kann sein:

- Jedem Verhandlungspartner etwas anzubieten, was er anders nicht bekommen würde
- Von jedem etwas zu fordern, das er entbehren kann – sei es auch schweren Herzens im Kompromiss
- und Vorteile von sofort beginnenden Kooperationen in Aussicht zu stellen.

Zu einem Vertrag in diesem Sinne gehört klarzustellen, wie ein Vertragsbruch alle Vorteile zunichtemachen würde. Ein Vermittler, wie die VN oder NGOs, hat dabei das Problem, dass auch in den eigenen Gremien mitunter Vertreter der Kontrahenten präsent und aktiv sind.

Die Beendigung eines Krieges wie in der Ukraine braucht einen breit akzeptierten Interessenausgleich. Aber allein schon Putin selbst hat womöglich jeden Tag eine neue Idee, was wirklich die Interessen Russlands sein könnten. So, indem er

zunächst das Gebiet der Ukraine provozierend als Teil von Russland bezeichnet und es dennoch immer intensiver zerstört.

Dem erbitterten Vertragsbrecher Putin steht ein entschlossener Westen gegenüber. Das verdeutlichte auf einem NATO Gipfel Anfang Juni 2023 der US-Außenminister Antony Blinken, als er umfassende Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine ankündigte: Es werde „ein robustes Paket an politischer und militärischer Unterstützung“ geben, und dabei „gehe es darum, die Ukraine maximal in die Lage zu versetzen, ihr Territorium zurückzuerobern.“

Die laufende Bereitstellung von Waffen aus dem Westen und aus Russland, könnte ein nahezu endloses Patt ergeben. Während ein – allzu gefährlicher – Gegenangriff auf russisches Gebiet vermieden wird, können von der russischen Grenze aus schier endlos Artillerie und andere Waffen gegen die Ukraine eingesetzt werden. So scheint der Weg zu einem Aufeinander-Zugehen nach wie vor sachlich und emotional verbaut.

Was für eine strukturelle Umorientierung könnte weiterhelfen?

Wir brauchen eine Verhandlungs-Struktur für Kontrahenten, die einander bisher als Vertragsbrecher bezeichnen. Aus starren Überzeugungen heraus fehlt bisher für einen Frieden eine gemeinsame Absicht und Vorstellungskraft. Ein Szenario zur Veranschaulichung der erforderlichen Tragweite einer zielführenden Vereinbarung:

- Das Gebiet der Krim wird im internationalen Einvernehmen ein Teil von Russland.
- Zugleich wird unverzüglich die Aufnahme der Ukraine als Mitglied der NATO eingeleitet. Dies ohne weiteren Gebietsverlust.
- Sofortiger Waffenstillstand. Möglichst gemeinsame Schadensbegrenzung.

Genau solche Optionen wurden auf dem NATO-Gipfel Anfang Juli 2023 in der litauischen Hauptstadt Vilnius besprochen. So überlegt aktuell „der Westen“ eigene Interessen einzubringen. Dazu wird aber schon innerhalb des Bündnisses politisch kontrovers verhandelt.

Nur die wichtigsten Betroffenen können miteinander die zukunftsfähigen Inhalte für derartige Kompromisse finden, miteinander abstimmen und auf Dauer friedlich festlegen. Jegliches machtvolle Oktroyieren von außen könnte zwar vorübergehend „gelingen“, würde aber vielfache Zukunftsrisiken mit sich bringen.

Für den Vollzug zielführender Vereinbarungen bedarf es einer Regelung mit Einbeziehung von flankierenden Maßnahmen. Denn das Thema ist hoch komplex, allein schon: Wie können und sollten zum Beispiel in Zukunft andere Einflussphären Russlands – wie Georgien, Moldau, Transnistrien – aussehen? Wie können mit mehr Sicherheit die von beiden Seiten ungewollten Eskalationen (bezüglich Gebiet, Art der Waffen, technisch „aus Versehen“ usw.) besser vermieden werden?

Herausforderungen, bei fehlenden Strukturen für Frieden

Gewalt ist global vielfach präsent, trotz Bedrohung der Lebensgrundlagen des Planeten. Modernste Technik wird für Rüstung verschwendet. Schäden durch Gewalt kosten Ressourcen. Hierzu sollen paar weitere Beispiele wiederum die Größenordnung der Herausforderungen andeuten. Dabei geht es weder um Moral,

noch Schuldzuweisung, und auch nicht um politische Meinungen. Natürlich gibt es Schadensursachen und Schuldige, aber für einen gemeinsamen Weg aus Sackgassen mag sich empfehlen, erst mal Kontrahenten in deren Selbstverständnis wahrzunehmen und zu schauen, wie ein Interessensausgleich der akut Betroffenen sachlich vorstellbar wäre.

Im Krieg ist klar: Die Vernünftigen wollen einen sofortigen Waffenstillstand, und weiter von dort aus Frieden, rasch, lohnend und stabil. Weitaus schwieriger sind solche Ziele beim Klima, denn da hätte man „eigentlich längst“ in der Vergangenheit eingreifen müssen. Das ist für Zukunftsforscher ein Horror.

Was tun? Bisher begreift die auf Macht orientierte Struktur „souveräner“ Staaten eigene, meist momentane, Interessen als starr vorrangig. Hingegen erscheinen gemeinsame Interessen und wechselseitiger Frieden als verhandelbar nachrangig. Zu solchen Strukturproblemen zählen Missverständnisse über die Absichten von Kontrahenten, weitgehend unbekannte Aktionen von Geheimdiensten usw.

Auf dem Weg zum Frieden und zu gutem Klima sind starke Veränderungen erforderlich. Sie sind unvermeidbar mit Risiken belastet. Es ist insbesondere notwendig, laufend neu zu ermitteln, welche Veränderungen massiv zu einer Überschreitung von Kipppunkten beitragen können. Für einen Weg aus dieser Sackgasse ist eine zupackende Diplomatie unverzichtbar. Ein paar Beispiele:

- Radioaktivität: Kriege wie in der Ukraine können derart eskalieren, dass Atomreaktoren zerstört werden, es zu „zerbrochenen Pfeilen“ (Unfällen mit Atomwaffen) kommt, und/oder dem Einsatz von Atomwaffen. Gefährliche Einsatzvorbereitung kann Schäden erhöhen. So könnte eine Reihe von europäischen Staaten aus Ost und West radioaktiv verstrahlt werden. Politisch könnte dies bedeuten: Bisherige Grenzen von Staaten würden möglicherweise ersetzt durch Grenzen zwischen Gebieten mit am Boden weniger oder mehr Radioaktivität.
- Eskalation in einem Atomkrieg: Dies kann das Problem weiter verschärfen, bis hin zu globalen Schäden. Das Juni 2023 erschienene Jahrbuch von SIPRI betont in der Pressemitteilung vom 13. 6. 2023 auf Seite 2, wie amerikanische und russische Atomwaffen derzeit verstärkt einsatzbereit gehalten werden (kept in a state of high operational alert). Auf den Seiten 261 und 265 versucht SIPRI vorsichtig, mögliche Änderungen der grundlegend über Jahrzehnte zurückhaltenden russischen Einsatzdoktrin, nun neu für die Zeit nach Beginn des Krieges in der Ukraine zu ermitteln. Niemand kann das von vielen Einflussfaktoren abhängige Risiko atomarer Eskalation realistisch abschätzen.
- Aufrüstung: Für den Westen erscheint eine wehrhafte Demokratie als unverzichtbar. Zu beachten bleibt jedoch, dass ein Rüstungswettlauf keineswegs per se in Richtung Frieden führt. Indem zum Beispiel die USA sowohl Japan als auch Taiwan zur Aufrüstung drängen und sich zur Unterstützung verpflichten, können Kriege wie in der Ukraine wahrscheinlicher werden. So wird die Gefährdung von Japan und Taiwan erhöht, ebenso wie von Handelsrouten nach Europa. Es liegt mit an China, eine Eskalation zu vermeiden.
- Ansprechbarkeit: Es wird vermutet, dass für Putin die erhöhte Bereitschaft von Demokratien sich kraftvoll zu verteidigen, ein Anlass für ausufernde Gegenmaßnahmen sei. Zwar gab es am 25. September 2001 vor dem Deutschen Bundestag visionäre Apelle von Putin für eine Art „friedliche

Koexistenz“. Sie wurden beklatscht, aber nicht diskutiert. Friedliche Optionen wurden nicht geprüft. Wir brauchen jetzt keine „Putin-Versteher“, sondern „Putin-Verhandler“, deren Vorgehensweise wir verstehen und gut vorbereiten.

- Nutznießer: An sich demokratische Organisationsformen, wie die EU, die VN, die NATO und ähnliche dürfen nicht dulden, dass eigene Mitglieder als deutlich erkennbare Nutznießer sich Vorteile verschaffen und sogar einen Frieden blockieren können – oder sich ihr Einverständnis teuer bezahlen lassen. Vergleichbare Willkür geht von jenen (überwiegend) Männern aus, deren Politik in Unternehmen und Staaten auf Kippunkte zusteuert und zu Verteilungskämpfen um die letzten Rohstoffe führt.
- Die global verbreitete Orientierung auf Gewalt, insbesondere schon in der Erziehung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen, muss grundlegend überwunden werden. Das ist ungewohnt, aber ohne liebevollen Umgang mit Kindern, ohne existenzielle Freiheit von Frauen usw. bleibt Friedenspolitik eine Art Management für nur vorübergehende Waffenruhe. Der Weg ist „weit und breit“, bis hin zum Alltag: Gewalt an Frauen, "dass mal "die Hand ausrutscht" finden in Deutschland 33 Prozent der jungen Männer laut einer Umfrage 2023 offenbar "akzeptabel".
- Technischer Fortschritt bewirkt laufend neue Herausforderungen für eine gezielte Steuerung in Richtung Frieden. Interessensausgleich wird komplexer, zum Beispiel wird es durch KI wie GPT zunächst schwieriger, zwischen real und fake zu unterscheiden. Digitalisierung, zivil wie militärisch, kann Schäden verursachen, aber auch offenlegen und positive politische Kontrolle verbessern. Je nach Sachverhalt kann sich KI positiv oder negativ auswirken. Bürokratie könnte weitaus effizienter und weniger aufwendig werden – oder ausufern. Die Auswirkungen auf Optionen einer friedlichen Kontrolle von Behörden wie Polizei und Militär sind vorerst kaum absehbar.
- Ein zimperlicher Umgang mit den allzu Gewaltbereiten verhindert jeglichen Frieden. Die Taliban wurden nicht aufgehalten. Die Kippunkte und die leidenden Menschen erlauben nicht, auf die Bekehrung der Gewaltbereiten in vielen Ländern zu warten und zu hoffen. Für Friedenskonferenzen fehlen pragmatisch starke Ansätze. Allein schon eine überzeugend vorangetriebene Gerechtigkeit (wirtschaftlich, sozial, ethisch usw.) könnte etwas helfen. Indes werden etablierte – himmelschreiend ungerechte – Privilegien von Gewalttätern und vielen Verwaltungsbürokraten weiterhin mit direkter und struktureller Gewalt brutal beschützt werden.

Vereinte Menschen mit emotional vereinten Kräften

Inzwischen wächst das Bewusstsein für Frieden und Ökologie weltweit. Dazu trägt bei, dass global bereits drei von vier Menschen ein Handy haben, und neun von zehn Menschen erreichbar sind. Längst verstehen oder erahnen die Menschen durchaus, dass global ein auskömmliches Leben für alle machbar wäre, ja sogar dass das „legendäre Paradies“ materiell übertroffen werden könnte. So ein Ziel wird aber noch nicht als irgendwie politisch umsetzbar diskutiert – obwohl die Ungerechtigkeiten gesehen werden. Terror zeigt, dass ausgerechnet Gewaltbereite die Machbarkeit „ahnungsvoll“ bejahen und dies befeuert ihren – teils rechtspopulistischen, oft völlig planlosen – Eifer.

Eine Vermeidung von Klimakrisen, ist da politisch besonders weit weg. Tatsächlich ist eine stark wirksame Maßnahme durchaus vorstellbar. Sie wurde ab 1980 bereits in China vorübergehend mit erstaunlicher Auswirkung erprobt. Es wäre:

„Die weltweite Beschränkung auf etwa ein Kind pro Familie“.

Das ist auf menschlicher Ebene ungewohnt, vorerst sowieso kaum zumutbar – aber nicht unmöglich. Würde so eine Maßnahme tatsächlich weltweit akzeptiert und fair umgesetzt (das war in China nur bedingt gelungen und es gab verständlicher Weise viel Widerstand in der Bevölkerung), dann könnte die globale Verschmutzung vielleicht sogar derart beschränkt werden, dass bereits überschrittene Kippunkte rückgängig gemacht werden können. Das wäre näher zu erforschen – denn bisher sind ja Kippunkte gerade so definiert, dass ein zugehöriger Schaden nach Überschreitung des Kippunktes auf jeden Fall eintritt. Erforschen könnte man auch flexible Formen der Erweiterung von Familien zu Gruppen, mit besonders fürsorglicher Betreuung von den weniger Kindern. Forscher*Innen würden Neuland betreten.

Politisch wird ein derart starker Eingriff noch nicht verhandelt. Es sollte rasch geschehen, denn die gleichzeitige Überschreitung mehrerer Kippunkte wird bereits deutlich erkennbar – und dies kann den Tod von mehreren Milliarden Kindern und Erwachsenen bewirken.

Da wäre es ethisch wie menschlich besser, rechtzeitig einzugreifen. Derzeit sind VBM (Vertrauensbildende Maßnahmen) auf einem Tiefpunkt. Eine starke Verbesserung wäre, die Vereinten Nationen zu ergänzen durch global „Vereinte Menschen“. Eine Vorstufe sind jene Diplomaten, welche sich mit hoher Verantwortung um Vermeidung von Krieg und Klimaschäden bemühen. Eine an der Basis begonnene Hoffnung – und beeindruckende Praxis in biologisch harmonischen Lebensgestaltungen – sind Initiativen mit einem Bewusstsein für eine friedliche Gemeinschaft aller Lebewesen.